

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

108 (23.3.1904) Badischer Landtag. 48. öffentliche Sitzung der Zweiten
Kammer

Badischer Landtag.

48. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Montag den 21. März 1904.

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr. Schenk, Ministerialdirektor Geh. Rat Heil, Geh. Oberregierungsrat Dr. Krens und Regierungsrat Hafner.

Präsident Dr. Gönner eröffnet die Sitzung kurz vor halb 5 Uhr nachmittags.

Sekretär Rohrhurst verliest die Einläufe:

1. Bitte des Landesverbandes Baden des Verbandes Deutscher Militärinvaliden und Invaliden, die Besetzung der Stellen im Karzleidienst bei den Behörden betr.;

2. Bitte von Bürgermeistern und Interessenten aus Rastatt, Müggelsheim, Stollhofen, Richtenau, Linz, Wodersweier, Hesselhurst und Willstätt, die Fortsetzung der Hauptbahn von Rastatt nach Kehl, bezw. Rorb-Offenburg (übergeben vom Abg. Franz);

3. Bitte der Gemeinderäte Ziegelhausen und Petersthal, die Erbauung einer festen Brücke über den Neckar zwischen Ziegelhausen und Schlierbach betr.;

4. Eingabe des Theodor Liebert von Konstanz, den Protest einer Volksversammlung daselbst gegen die vorgeschlagenen Änderungen des Polizeistrafgesetzes hinsichtlich der sogenannten Kurpfuscherei betr.

Die Petition unter Ziffer 1 wird der Petitionskommission, die Petitionen unter Ziffer 2 und 3 werden der Kommission für Eisenbahnen und Straßen, die Petition unter Ziffer 4 der Spezialkommission für die Abänderung des Polizeistrafgesetzbuches überwiesen.

Eingegangen ist ferner:

1. Schreiben des Groh. Ministeriums des Innern vom 6. März 1904, mit dem Jahresbericht der Fabrikinspektion für 1903.

2. Schreiben des Präsidenten Gr. Staatsministeriums mit der Mitteilung über die Ernennung des Ministerialdirektors Becker zum Präsidenten des Finanzministeriums mit der Würde eines Geh. Rats 1. Klasse.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein:

1. Fortsetzung der Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums des Innern für 1904 und 1905, Ausgabe Titel XVI, Einnahme Titel VII (Landwirtschaft) — Druckfache Nr. 14 c —.

2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, die Versicherung der Rindviehbestände betreffend. — Druckfache Nr. 35 a —.

3. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums des Innern für 1904 und 1905, Ausgabe Titel XVII, XVIII, XIX, Einnahme Titel VIII, IX (Wasser- und Straßenbau, Bergwesen; geologische Landesaufnahme) — Druckfache Nr. 14 d —.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Titel XVI der Ausgaben, § 2 (Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg, Gehalte) bemerkt

Abg. Obkircher: Die Versuchsanstalt Augustenberg erfreut sich eines sehr guten Rufes. Sie wirkt sehr günstig, man wünscht deshalb, sie möge gut ausgestattet werden. Vom Herrn Minister ist bereits ein Neubau zur Erweiterung des Betriebs angekündigt. Dies kann nur mit Freuden begrüßt werden. Die Zahl der Beamten scheint von der Groh. Regierung als genügend angesehen zu werden. Man wünscht aber, es möchte in der Beamtenenschaft kein so häufiger Wechsel stattfinden, wie bisher. Es wäre deshalb die baldige etatmäßige Anstellung der beiden wissenschaftlichen Assistenten sehr zu wünschen.

Zu § 7 (Landwirtschaftliche Winterschulen und Wanderlehrer) ergreift das Wort

Abg. Franz: Die Stadt Rastatt hat sich seinerzeit an die Groh. Regierung gewendet wegen Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule daselbst. Dieselbe wurde damals abgelehnt mit der Begründung, daß während der Sommermonate der Lehrer nicht genügend beschäftigt sei, das Bedürfnis zur Errichtung einer solchen Schule in Rastatt nicht vorliege, und daß durch die Anstellung eines solchen Lehrers eine nicht unerhebliche Mehrbelastung des Staatsbudgets eintreten würde.

Ich habe den Bericht über die Sitzung der Kreisversammlung Baden vom 17. März 1903 gelesen und daraus ersehen, daß sowohl vom Kreisabgeordneten Bräunig von Rastatt als auch vom Vorsitzenden des Kreis Ausschusses, Dr. Vender das Nichtzustandekommen dieser Schule sehr bedauerl. wurde. In ähnlichem Sinne äußerten sich noch verschiedene Redner. Ferner habe ich hier den Geschäftsbericht des Kreis Ausschusses Baden, und werde Ihnen mit Erlaubnis des Präsidenten die Stelle, die auf diese Schule Bezug hat, vorlesen:

„Auf Grund des in der Kreisversammlung vom 26. März 1901 von mehreren Seiten geäußerten Wunsches

wegen Errichtung einer landwirtschaftlichen Kreiswinterschule in Raftatt, veranlaßt durch die weite Entfernung der Schule in Bühl für die Bewohner des Bezirks Raftatt, insbesondere für die Orte der Rheingegend und des Murgtales, ist der Kreisausschuß dieser Frage nach eingehender Prüfung näher getreten und kam zu der Entschliebung, das Bedürfnis zu bejahen, nach dem sich sowohl der landwirtschaftliche Bezirksverein, sowie ein größerer Teil der Gemeinden des Bezirks Raftatt für die Errichtung einer landwirtschaftlichen Kreiswinterschule daselbst ausgesprochen haben. In diesem Sinne erstatten wir unterm 24. September 1901 Vorlage an Großh. Ministerium des Innern, worauf uns mit Erlaß vom 30. September 1902, Nr. 49 827, die Entschliebung zuzum, daß nach dem Ergebnis der von hoher Behörde angeordneten Erhebung dieselbe die Errichtung einer zweiten landwirtschaftlichen Winterschule im Kreise nicht als ein Bedürfnis zu erachten vermöge. Ueberdies lägen weitere Bedenken auch insofern vor, als es unmöglich wäre, im Kreis Baden zwei Landwirtschaftslehrer während der 7 Monate des Jahres, in welchem kein Unterricht stattfindet, auf die Dauer angemessen zu beschäftigen. Es könne daher dem Antrage des Kreisausschusses Baden, dessen Billfährung mit einer bei der jetzigen Finanzlage besonders unerwünschten und nicht unerheblichen Mehrbelastung des Staatsbudgets verbunden sein würde, nicht entsprochen werden."

Wie Sie sehen, sind es 2 Punkte, welche der Errichtung einer solchen Schule im Wege stehen sollen: 1. die nicht genügende Beschäftigung des Lehrers und 2. die nicht unerhebliche Belastung des Staatsbudgets. Den erst angegebenen Grund möchte ich als hinfällig bezeichnen, denn es wird kaum einen Amtsbezirk geben, indem es notwendiger ist, daß man unseren Landwirten beratend zur Seite steht, als in dem Amtsbezirk Raftatt. Es werden zum Beispiel bei uns fast gar keine Handelsgewächse gepflanzt. Es wäre daher sehr notwendig, daß ein Lehrer in dieser Hinsicht belehrend zur Seite stände, daß er aber auch mit den intelligenteren Landwirten des Bezirks Probefelder anlegt, dieselben überwacht, und dadurch feststellt, welche Produkte am Besten für die Gegend passen und angepflanzt werden müssen, welcher Dünger für diese Anpflanzungen verwendet werden muß usw. Unsere Landwirte probieren ja auch. Wenn sie aber nicht die richtige Anleitung haben, so verunglückt der Versuch nur zu oft, und dann wird natürlich geschimpft, daß man ihnen bei den landwirtschaftlichen Besprechungen Sachen empfiehlt, die sich für unsere Gegend nicht verwerten lassen. In unserer Gegend bauen die Landwirte vorwiegend Kartoffeln, Korn, Gerste und Hafer. Es wäre daher von Wichtigkeit, daß denselben das Verständnis dafür beigebracht wird, auch rentablere Handelsgewächse zu bauen.

Wenn die Winterschule in Bühl aus dem Amtsbezirk Raftatt nur von 8 Schülern besucht war, so ist eben nur die weite Entfernung schuld. Denn ein Schüler zum Beispiel aus dem langgestreckten Murgtal muß in Bühl schon Post und Wohnung nehmen, wenn er die Schule besuchen will, während er von Raftatt aus jeden Abend nach Hause kann und am Morgen wieder am Platze wäre, wie es ja viele Schüler machen, die das Gymnasium besuchen. Die Kosten für die Pension können eben nicht viele Landwirte aufbringen. Wenn es zum Beispiel umgekehrt wäre, so würden aus dem Amtsbezirk Bühl auch keine 36 Schüler nach Raftatt kommen.

Daß aber die jungen Leute, die eine Winterschule besucht haben, später für die Belehrungen der Landwirtschaftslehrer zugänglicher sind und ihnen mehr Verständnis entgegenbringen, ist ja schon genügend erörtert worden.

Was den Punkt 2 anbelangt, die Kosten, so möchte ich darauf hinweisen, daß die nicht zu groß sind, wenn man den Nutzen berechnet, den die jungen Leute aus einer solchen Schule ziehen. Ich glaube, es wäre am unrichtigen Ort gepart, wenn man an der Schule knaufert. Die Kosten können ja auch nicht so groß sein, indem die Stadt Raftatt sich erboten hat, die Lokale unentgeltlich zu stellen. Wir führen diesen Sommer einen Anbau an die Gewerbeschule aus, bei welchem 6 neue Schulräde erstellt werden. Die Gewerbeschule und Handelsschule brauchen 4 Säale, so daß noch 2 Lehrsäale für die landwirtschaftliche Winterschule zur Verfügung ständen. Wenn die Großh. Regierung heute schon schlüssig wäre, diese Schule zu erstellen, so könnten ihre Wünsche betreffs Erweiterung der Räume noch erfüllt werden. Dann gibt ja der Kreis einen Beitrag von 2000 M., welche Summe derselbe schon früher für diese Schule in sein Budget eingestellt hatte.

Ich möchte daher die Großh. Regierung bitten, diese Frage nochmals wohlwollend zu prüfen. Diese Schule hat ja für die Stadt Raftatt speziell kein so großes Interesse. Sie ist vielmehr für den großen Amtsbezirk von aller größter Wichtigkeit.

Abg. Geppert: Ich möchte die Anregung zur Anstellung eines neuen Obstbaulehrers für das Mittelland unterstützen. Unsere Landwirtschaftslehrer sind vielfach mit Arbeit überlastet. Es ist ja sachgemäß, daß dem Obstbau bei großer Rentabilität kein Vorzug eingeräumt werden kann. Es wäre Unrecht, zu schließen, daß ich die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Lehrer gering einschätze. Ich habe Gelegenheit in Bühl wahrzunehmen, wie dort ein landwirtschaftlicher Lehrer mit größter Aufopferung der Geschäften seines Bezirks nachkommt. Die größere Ausdehnung des Obstbaues macht aber weitere Arbeitskräfte notwendig. Der Obstbau nimmt in Baden und im ganzen Deutschen Reich zu. Gegenüber dem Schutzoll des neuen Zolltarifs besteht die ernste Verpflichtung für die Pflanzler, sich für die Versorgung des deutschen Marktes zu betätigen und Rückschlüsse in Konsumentenkreisen hintanzuhalten. Es ist ein Wettbewerb unter den deutschen Staaten zu erwarten. Unser Heimatland dürfte bei seinen vorzüglichen Bodenverhältnissen eine erste Stellung in dieser Hinsicht einnehmen. Intelligente Landwirte hat Rudenberger unsere Bauern im Deutschen Reichstag genannt. Wir dürfen hoffen, daß sie sich am Wettbewerb erfolgreich beteiligen werden. Man weiß, welche große Mühe und Beharrlichkeit es gekostet hat, die Viehzucht auf die gegenwärtige Höhe zu bringen. Sie ist der produktivste Zweig der Landwirtschaft. Der Obstbau könnte aber in manchen Gegenden der Viehzucht gleichkommen. Viehzucht und Landwirtschaft wissen die Schweizer glücklich zu vereinigen, trotzdem ihr Land keine so günstige Konfiguration zeigt als Baden. Trotz des großen Verbrauchs im eigenen Land hat die Schweiz dennoch einen Obstexport von mehreren Millionen im Jahr. Im Jahre 1900 betrug der Export 4 Millionen, 1898 7 Millionen, 1902 ebenfalls annähernd 7 Millionen. Es kommt darauf an, daß man rechtzeitig die Mittel für den Obstbau bewilligt. Die Begründung für die Anstellung eines neuen Lehrers kann nicht schlagender geführt werden, als durch Hinweis auf die Zentralvermittlungsstelle in Bühl, die nach dem Vorbild anderer Anstalten in Frankfurt, Stuttgart, München usw. errichtet ist. Um die Vorteile der Vermittlungsanstalt zu illustrieren, weise ich nun darauf hin, daß Frankfurt 1902 die Vermittlung von 150 000 Zentner Obst geleistet hat. Eine Tätigkeit ist besonders charakteristisch in Bühl. Dort stellt der Geschäftsführer auf dem Frühmarkt die mittleren Durchschnittspreise für das Obst fest. Diese Preise werden mit der ersten Post an die Gemeinden hinausgegeben. Dann

wird eine vorteilhafte Grundlage für die Preise des ganzen Landes geschaffen. Früher war der Außenhandel der Württemberg des Zwischenhandels preisgegeben. Oft hörte man eindringliche Klagen, daß die Preispannung zwischen den Württemberg Marktpreisen und den Ortschaftspreisen unverhältnismäßig groß sei. Dieser Mißstand ist jetzt beseitigt. Der Vorsitzende des Kreisaußschusses Baden hat mir gesagt, daß 1902 tausende von Mark an die Außengemeinden geflossen sind einzig durch diese Einrichtung. Natürlich kommt es sehr viel auf die Geschäftsführung an. Die Geschäftsergebnisse kann nicht in einem Jahre erworben werden. Im ersten Jahre hatten wir den verehrten Herrn Landwirtschaftsinspektor für die Zentralstelle gewonnen, und er hat das schwere Anfangsjahr mit Leichtigkeit überwunden. Seitdem er die Redaktion des landwirtschaftlichen Wochenblattes übernommen hat, konnten wir ihn nicht mehr bekommen. Ein jährlicher Wechsel in der Zentralstelle kann also nicht nützlich sein. Die Stelle bietet ein Arbeitsfeld in Bezug auf die Erforschung der Handelsverhältnisse, der besonders begehrten Obstsorten, des richtigen Zeitpunktes für die Errichtung neuer Obstmärkte, auf denen reiche Erfahrungen für einen Obstbaulehrer gewonnen werden können. Ich bitte die Großh. Regierung, dies zu berücksichtigen, und den Obstbau durch die Anstellung eines weiteren Obstbaulehrers zu fördern.

Abg. Greiff: Was für den Bezirk des Kollegen Geppert der Obstbau ist, das ist für meinen Bezirk der Tabak. Gerade der Belehrung der Landwirtschaftslehrer verdanken wir es, daß unsere Bevölkerung diesem Gebiete der Landwirtschaft wieder mehr Aufmerksamkeit schenkt. Die Interessen der Landwirtschaft würden dadurch am besten gefördert werden, wenn man sich seitens der Großh. Regierung entschließen könnte, unseren Landwirten in denjenigen Orten, die Trodenschuppen für den Tabak nötig haben, in irgend einer Weise entgegenzukommen.

Abg. Schmidt: Dem Wunsche des Kollegen Franz nach Errichtung einer Winterschule in Rastatt möchte ich im Interesse des nördlichen Teils meines Wahlbezirks beistimmen. Aber ich verwahre mich gegen den gemachten Vorwurf, als ob die Landwirte jenes Bezirkes die rückständigsten im ganzen Lande seien. Ich glaube, diese wehren sich gerade so gut ihrer Haut wie die anderen, und je näher eine Bildungsgelegenheit für sie gerückt wird, umso mehr wird sie auch von ihnen benutzt werden.

Gef. Oberregierungsrat Dr. Krems: Der Herr Abg. Franz hat den Wunsch ausgesprochen, die Großh. Regierung möge der Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Rastatt näher treten.

Es bedarf wohl keiner besonderen Hervorhebung, wie die Großh. Regierung stets mit Freuden bestrebt ist, dem Bildungsbedürfnisse unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung entgegenzukommen und durch Errichtung landwirtschaftlicher Winterschulen Mittelpunkte zu schaffen, von denen stets eine Anregung unter die Landwirtschaft getragen wird. Wenn das seiner Zeit eingereichte Gesuch um Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Rastatt abgelehnt werden mußte, so sei für die Großh. Regierung zunächst die Erwägung maßgebend gewesen, daß das für den Schülerkreis fraglicher Schule in Betracht kommende Gebiet doch ein allzu kleines sei, da es nicht einmal den Amtsbezirk umfassen würde, da das obere Murgtal nach seinen Erwerbsverhältnissen überhaupt nicht, und auch von den Gemeinden der Rheinebene mehrere als der Industrie mehr oder weniger zuneigend, kaum in Betracht kämen. In der Tat hat sich auch bisher ein geringes Bedürfnis nach dem Besuch einer landwirtschaftlichen Winterschule in den Gemeinden des Amts-

bezirks Rastatt bemerkbar gemacht, wenigstens ist die Schule in Wühl seit ihrem in das Jahr 1886/87 fallenden Bestehen bis zum vorigen Jahr nur von 54 Schülern, also von drei bis vier Schülern aus dem Bezirk Rastatt besucht worden.

Der Einwand, daß dieser geringe Schulbesuch seinen Grund in schlechten Verkehrsverhältnissen oder in zu großem Kostenaufwand seinen Grund habe, ist aber in keiner Weise zutreffend, da die Bahnverbindungen aus dem Bezirk Rastatt und Wühl sehr günstig liegen und die Schüler für ihr tägliches Eintreffen und für ihre Rückreise dieselben Wege zu benutzen in der Lage sind, wie die Schüler der Amtsbezirke Wühl und Baden, und imstande sind, täglich ihre Heimat wieder zu erreichen. Aber auch die Reisekosten spielen keinerlei Rolle, da sie bisher in dankenswerter Weise vom Kreis Baden ersetzt würden.

Aber auch abgesehen von dem Vorhandensein eines Bedürfnisses in dieser Richtung, wäre für die sieben Monate dauernde schulfreie Zeit das Tätigkeitsgebiet des Schulvorstandes doch ein allzu kleines, da unsere Landwirte die ihnen zugehenden Anregungen zwar dankbar annehmen, aber nur allmählich auf sich einwirken lassen, und man sich deshalb hüten muß, ihnen in verhältnismäßig kurzer Zeit allzu viel Neues zu bringen. Mit dem gleichen Recht, wie jetzt Rastatt, könnten dann sämtliche Amtsbezirke die Errichtung landwirtschaftlicher Schulen verlangen, was zurzeit wenigstens doch zu weit ginge.

Was die von dem Herrn Abg. Geppert gewünschte Anstellung eines weiteren Obstbaulehrers in Wühl für die Zwecke der dortigen Zentralstelle für den Obstverkauf anbelangt, so ist ein bezüglicher Wunsch der Großh. Regierung gegenüber nicht zum Ausdruck gebracht worden. Ein Bedürfnis ist auch offenbar nicht vorhanden gewesen, da in der ersten und schwierigsten Zeit der Vorstand der landwirtschaftl. Winterschule in dankenswerter Weise sich hierfür zur Verfügung stellte und nachher der zweite Landwirtschaftslehrer, für dessen Honorierung dem Landesobstbauverein ein namhafter staatlicher Beitrag gewährt worden ist, die bezüglichen Geschäfte besorgte. Immerhin soll der vorgetragene Wunsch näherer und wohlwollender Erwägung unterzogen werden.

Bezüglich des von dem Herrn Abg. Greif geäußerten Wunsches, nach Gewährung von Staatsbeiträgen an Gemeinden zur Errichtung von Tabakschuppen, machte ich darauf aufmerksam, daß die Großh. Regierung schon seit Jahren sich zur Bewilligung derartiger Unterstützungen bereit erklärt hat, daß aber bedauerlicherweise von dieser Bereitwilligkeit so gut wie gar kein Gebrauch gemacht worden ist.

Abg. Franz: Der Abg. Schmidt hat behauptet, ich hätte das Wort „rückständig“ in dem Sinne gebraucht, daß unsere Landwirte überhaupt rückständig sind. Das ist nicht richtig. Ich habe dieses Wort nur gebraucht im Anschluß an meine Ausführungen darüber, daß bei uns keine Handelsgewächse gebaut werden, und in diesem Sinne habe ich unsere Landwirte als rückständig bezeichnet.

Die Positionen: Ackerbauschule Hochburg, Landwirtschaftsschule Augustenberg werden hierauf debattelos angenommen.

Unter Position: Aufzuchtsschulen bemerkt zu § 24 (für Förderung der Pferdezücht)

Abg. Vorderer: Daß sich das eingeführte Zuchtmaterial gut bewährt hat, davon bin ich trotz der Ausführungen des Berichtes nicht überzeugt. Um uns davon zu überzeugen, müßte die Großh. Regierung eine Statistik

vorlegen, aus welcher hervorgeht: 1. wie alt die eingeführten Tiere durchschnittlich werden, und 2. wie viel von der männlichen Nachkommenschaft infolge ihrer normalen Bauart für die Zucht verwendet werden konnten. Erst wenn aus dieser Statistik ein günstiges Resultat hervorgeht, kann ich zu dieser Ueberzeugung kommen, daß dieses Zuchtmaterial sich bewährt hat. Aus dem Bericht geht aber hervor, daß trotz des erhöhten Staatszuschusses bei Kauf solcher Tiere immer weniger Gebrauch von dieser Unterstützung gemacht wird. Daraus ist zu schließen, daß die Tiere sich nicht bewährt haben. Wahrscheinlich sind die übermäßig hohen Preise, welche für diese Pferde bezahlt werden und das verhältnismäßig kurze Leben mit Schuld daran. Die Zahl der Hengste ist zu gering. Wie ich gehört habe, kommen bei manchen Deckstationen 100 und noch mehr Stuten auf einen Hengst. Es mag der Umstand daran schuld sein, daß aus den Nachbarländern, wie ich erfahren habe, eine starke Zufuhr nach einigen Deckstationen stattfindet. Aus dem Bericht geht nicht hervor, ob bei den 5600 Stuten, welche jährl. zugeführt werden, diejenigen, welche aus den Nachbarländern kommen, auch mitgerechnet sind. Der Herr Regierungskommissär wird uns darüber Auskunft geben können. Ebenso geht aus dem Bericht nicht hervor, wie viele von den eingeführten Stuten auch gefohlt haben. Auch hierüber wäre eine Auskunft der Großh. Regierung wünschenswert. Erst dann bekämen wir ein Bild von dem Umfang unserer Pferdezuucht. Als sehr großer Hemmschuh für die Pferdezuucht muß das oft halb Tage lange Einhalten der Landwirte auf manchen Deckstationen und der weite Weg dorthin bezeichnet werden. Diese Hindernisse könnten in manchen Gegenden beseitigt werden; man dürfte nur die nachgesuchten Körseime erteilen und für normal gebaute Tiere solche anbieten. Sehr oft werden Hengste mehrere Jahre beibehalten, trotzdem man weiß und oft darüber Klagen hört, daß dieselben eine ganz schlechte Nachkommenschaft erzeugen. Im übrigen ist einer großen Anzahl Landwirte mit der Einführung der belgischen schweren Zuchthengste ein Pferdmaterial aufgedrängt worden, welches für ihren landwirtschaftlichen Betrieb sich gar nicht eignet. Diese Pferde brauchen viel mehr Futter, sie sind viel weicher und erreichen selten ein Alter, wie es bei anderen Rassen durchschnittlich der Fall ist. Für Lastfuhrwerke auf der Straße bei langsamem Tempo sind diese Pferde eher zweckmäßig. Aber für unsere Landwirte, welche ungefähr 10 Hektar Feld bebauen, die in 100 Stücken oft eine Stunde und noch weiter von Haus und Hof entfernt liegen, eignen sich diese Pferde absolut nicht. Dazu kommt noch der Viehfraß dieser Rasse; wenn so ein Kleinbauer zwei solcher Pferde im Stall hat, dann kann er nicht mehr viel Rindvieh halten, wenn die Pferde gut genährt aussehn sollen. Man könnte mir entgegenhalten, solche Bauern sollen nur ein Pferd halten. Das kann man wohl auf der Rheinebene, aber nicht so leicht im Hügelland, wo man zum großen Teil in engen Sohlwegen mit starker Steigung fahren muß. Meiner Ansicht nach müßte denjenigen Landwirten, welche Halbblüter züchten möchten, auch die Gelegenheit geboten werden. Es sollte deshalb die Großh. Regierung dafür sorgen, daß auf jeder Station auch Halbblüter vorhanden sind. Man wird mir entgegenhalten, daß die Landwirte mit Vorliebe ihre Zuchstuten immer nur den 15 bis 20 Zentner schweren Kaltbluthengsten zuführen. Das ist wahr, aber die Landwirte werden eben getäuscht; denn eine Station sucht immer die andere mit der Größe und Schwere der Zuchthengste zu übertreffen. Es wird dann der kleine Landwirt, wenn er ein so großes Tier sieht, leicht in die irrtümliche Meinung versetzt, er könne im Verlauf von zwei oder drei Jahren auch ein solches haben — hauptsächlich wenn der Hengsthalter ihm noch er-

zählt, was das roße Tier gefohlet hat, und wie groß die Fohlen, welche von demselben abstammen, in kurzer Zeit werden. Der kleine Bauer denkt nicht daran, daß er das Futter gar nicht hat, um das junge Tier so üppig aufzuziehen. Was wächst dann heraus? Eine Nachkommenschaft, der man zum großen Teil in bezug auf normale Bauart, sowie auf Temperament nicht den Namen Pferd, sondern den Namen Kuh geben sollte. (Seiterkeit.)

Wir haben vom Herrn Berichterstatter gehört, daß Baden beim Ankauf von Remonten ganz unberücksichtigt bleibt. Wir stehen hier nun vor der Frage: ist die Pferdezuucht in Baden dadurch zurückgegangen, weil das Meer uns nichts mehr abkauft, oder ist sie dadurch zurückgegangen, weil man unsere Landwirte von der Züchtung dieser Rasse, welche das Meer braucht, abgebracht hat? Wenn das erstere der Fall ist, dann ist es sehr bedauerlich, daß man Baden so tiefmütterlich behandelt. Ist aber das letztere der Fall, so ist ebenso bedauerlich, daß man in Baden so kurzfristig war und von einer Rasse abgekommen ist, welche die größten Abnehmer hat. Wenn die Pferdezuucht für unsere Landwirtschaft nutzbringend und rentabel werden soll, müssen wir Pferde züchten, welche von dem größten Konsumenten, der Armee, angekauft werden. Wenn wir solche haben, müßte es unserer Großh. Regierung ein Leichtes sein, dafür zu sorgen, daß wir am Reich auch einen Abnehmer finden — umsomehr, da Baden doch schon genug Opfer auf den Altar des Reiches gelegt hat.

Die Fohlenweiden bewähren sich, wie man im Allgemeinen hört, gar nicht. Allgemein hört man die Klage, daß die Fohlen abgemagert, matt, in der Entwicklung zurückgeblieben und deshalb minderwertig zurückkommen. Ich möchte der Großh. Regierung nahelegen, daß es viel zweckmäßiger wäre, wenn man die Beiträge, welche jetzt den Fohlenweiden und den Fohlen zukommen, welche auf die jetzt bestehenden, großen Weiden gebracht werden, denjenigen Gemeinden zugewendet würden, welche beabsichtigen, für sich Fohlenweiden im kleinen Maßstabe zu errichten. Wenn in jedem Dorf, wo Fohlen gezogen werden, eine Fohlenweide vorhanden wäre, auf welche die Landwirte ihre jungen Tiere am Morgen verbringen und am Abend wieder abholen könnten, oder wenn es auch nur einige Stunden des Tages wäre, dann hätten die Landwirte viel mehr Lust zur Pferdezuucht. Weiden in der Größe von 2 badischen Morgen würden schon genügen, um bei den Fohlen einen tüchtigen guten Knochenbau zu erzielen. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn die Großh. Regierung die Gemeinden zur Errichtung solcher Weiden anhalten würde, das würde zur Förderung der Pferdezuucht mehr beitragen, als alles andere.

Abg. Neuwirth kann sich mit den Ausführungen des Abg. Vorderer, der ein Feind der Kaltblüter sei, nicht einverstanden erklären. Ich bin im Gegenteil ein Freund der Kaltblüter, weil ich aus meiner Praxis als Pferdezüchter weiß, daß man, wenn man mit Erfolg züchten will, züchten muß, was verlangt und auf dem Markte gut bezahlt wird. Das hat auch der letzte Fohlenmarkt in Sinsheim bewiesen. Wir haben früher Halbblüter gezogen, dabei aber schlechte Erfahrungen gemacht. Die Kaltblutzuucht dagegen hat sich in meinem Bezirk bewährt. Auch im Bezirk Lahr soll, wie wir am letzten Freitag von dem Abg. Seimbürger gehört haben, ein Umschwung in der Zuchtart gemacht werden. Ich kann diesen Umschwung den dortigen Landwirten nur empfehlen. Wenn in einzelnen Gegenden eine Kreuzung verlangt wird, so ist nicht notwendig, daß zwei verschiedene Hengste gehalten werden.

Abg. Mampel (auf der Tribüne schwer verständlich) gibt zu, daß die Zucht von Kaltblütern rentabler sei als die von Halbblütern. Dagegen muß ich dem Abg. Vor-

derer darin beistimmen, daß der Halbblüter sich als Ackerpferd besser eignet. Für die Ebenen dagegen sind Kaltblüter, für die Ebenen dagegen Halbblüter vorzuziehen. Die Kaltblüter sind allerdings schon mit zwei Jahren entwickelt, während die Halbblüter dazu drei bis vier Jahre brauchen.

Abg. Müller: Ich habe in meiner letzten Rede in der Generaldebatte darauf hingewiesen, daß nach dem statistischen Jahrbuch für im Jahre 1900 5000 Pferde mehr im Lande hatten, als wie der Durchschnitt der 10 Jahre 1890—1900 betragen hat. Es kommt dies zweifellos daher, daß der Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens einen ungeheuren Mehrbedarf an Pferden bedingt, und es ist eine schwere Aufgabe für die Landwirte, für die Züchter, den jeweiligen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Während in früherer Zeit der landwirtschaftliche Betrieb sich mit verhältnismäßig leichtem edlen Pferden begnügen konnte, seine Wünsche also mit dem der Militärverwaltung übereinstimmten, änderte sich dies in dem Augenblick, wo intensivere Betriebsart mit Zuckerrübenbau, immer mit Tiefkultur verknüpft, bei uns Eingang fand. Je weiter sich diese verbreitet, je mehr verengt sich das Zuchtgebiet des edlen Pferdes, umso mehr erweitern sich die Vorbedingungen für die Kaltblutzucht. Die Herren Kollegen Vorderer und Mampel sind der Ansicht, daß die Halbblüter besser seien, älter würden wie die Kaltblüter. Dies mag bis zu einem gewissen Grade richtig sein, allein so schlimm steht es damit nicht, wie sie glauben. Ich selbst habe näml. vor einigen Jahren einen Hengst gehabt, der mit 22 Jahren noch 65 Stuten gedeckt hat. (Hört, hört!) Die Kaltblutzucht hat sich schnell entwickelt, weil eben diese Zucht rentabler ist als wie die Halbblutzucht. Ich wohne ziemlich am nördl. Ende des Landes. Jenseits der Grenze, in Hessen, befinden sich zwei staatliche Hengststationen, in Lampertheim und Lörzenbach. Dort waren bis vor einigen Jahren nur Halbblüter aufgestellt, aber auch dort ist man teilweise zur Kaltblutzucht übergegangen, und zwar deswegen, weil eine ziemlich bedeutende Anzahl Züchter ihre Stuten auf auswärtige Stationen verbrachten. Die Kaltblutzucht ist eben rentabler wie die Halbblutzucht, und Halbblutzucht ist für unsere badischen Verhältnisse bei unserem parzellierten Besitz wenig geeignet. Die Aufzucht der jungen Halbblüter ist schwieriger, und werden in seltenen Fällen hohe Preise erzielt. Wenn ein solches Tier vielleicht nur einen etwas schief stehenden Fuß hat, so wird dafür, wenn es ein Alter von 4 oder 5 Jahren erreicht hat, nur ein Preis von etwa 500 M. erzielt werden können. Beim Kaltblüter ist dies anders; hier kommt es nicht so genau auf die Stellung der Beine an, hier kommt es in erster Linie darauf an, daß das Tier kräftig und starknochig ist, daß es geeignet ist, eine größere Last fortzubewegen.

Der Abg. Vorderer war auch der Ansicht, daß man, anstatt die größeren Fohlenweiden staatlich zu unterstützen, kleinere sogenannte Gemeindefohlenweiden errichten bzw. unterstützen sollte, da man auf den großen Weiden schlechte Erfahrungen gemacht habe. Das ist keineswegs der Fall. Ich glaube, daß auf einer großen, mit Staatsunterstützung gehaltenen Weide die Tiere sich immer besser entwickeln, wie auf den Gemeindefohlenweiden. Hier finden die jungen Tiere außer dem Grase, das sie auf der Weide vorfinden, wenn sie in den Stall kommen, meistens Klee, oder vielleicht wieder Gras in der Kufe vor. Auf den großen Weiden ist dies aber anders. Hier erhalten die jungen Tiere außer dem Gras und dem Klee, die sie auf der Weide vorfinden, pro Tag je 6 Pfund Hafer nebst gutem Heu. Man hat dabei mehr gute, wie schlechte Erfahrungen gemacht. Es ist nicht richtig, daß die jungen

Tiere mager und abgemattet von der Weide zurückkommen; die Tiere haben sich immer gut entwickelt. Man hat sogar im vorigen Jahre auf der Fohlenweide Eichhof, wo infolge des frühen, regnerischen Sommers fast alle Tiere an Druse erkrankt waren, noch eine durchschnittliche Gewichtszunahme von 43 Kilogramm erzielt.

Daß die Kaltblutzucht immer größere Ausdehnung annimmt, ergibt sich auch daraus, daß der Bezirk Lahr, wo bis jetzt nur Halbblutzucht getrieben wurde, die Kaltblutzucht einführen will, und ich möchte die Großh. Regierung nur bitten, baldigt einen oder zwei gute Kaltbluthengste dort aufzustellen.

Abg. Mampel (auf der Tribüne schwer verständlich) bemerkt gegen über dem Vorredner, daß sowohl in Mannheim wie in Speyer Halbbluthengste seien, die sich eines starken Zuspruchs zu erfreuen haben. Das sei ein Beweis, daß auch diese Zuchtrichtung beliebt sei.

Abg. Müller: Im Unterland ist allerdings noch eine Station mit Halbblütern besetzt, nämlich Mannheim. Dagegen sind in Speyer keine Halbbluthengste, vielmehr der Palzer Schlag.

Herr Oberregierungsrat Dr. Krems: Auf die von dem Herrn Abg. Vorderer bezüglich der Statistik der den Hengsten zugeführten Stuten teile ich mit, daß in den bezüglichen Zahlen auch die den außerbadischen Ländern angehörenden Stuten enthalten sind.

Gegenüber den Zweifeln, ob die Befruchtungsziffern der bei uns eingeführten Kaltblüter nicht allzu geringe seien, weise ich auf die Ergebnisse der Statistik hin, wonach von den 2830 von den Kaltbluthengsten gedeckten Stuten 1145 Fohlen = 40,8 Proz. gefallen sind, eine Zahl, welche im Vergleich zu anderwärts gemachten Erfahrungen als normal anzusehen ist. Ebenso kann nicht von einer zu starken Inanspruchnahme der Hengste die Rede sein, da auf 99 staatlich subventionierte Hengste nur 5460 Stuten, also auf einen Hengst nicht einmal 60 weibliche Tiere entfallen, während diese Zahl recht wohl 100 betragen dürfte.

Auf die Vorteile der Kaltblutzucht will ich nach den sachverständigen Ausführungen der Herren Abgg. Neuwirth und Müller nicht weiter eingehen; ich möchte nur betonen, daß wir auf die einzelnen Bezirke hinsichtlich der Wahl des Zuchtziels einen Druck nicht ausüben.

Abg. Vorderer: Ich habe nicht behauptet, daß das Befruchtungsergebnis minimal sei, sondern nur gesagt, es gehe aus dem Bericht nicht hervor, ob die Befruchtungsergebnisse gut oder schlecht sind.

Zu § 38 (sonstige Zweige des landwirtschaftlichen Betriebs) bemerkt

Abg. Büchner: Ich habe mich nur deshalb bei dieser Position zum Wort gemeldet, weil es der Regierungskommissär am Donnerstag bei der Generaldebatte übersehen hat, auf eine von mir gegebene Anregung einzugehen.

Ich habe damals die Großh. Regierung gebeten, den Winzern in ähnlicher Weise zu Hilfe zu kommen wie in den Jahren 1892 und 1893, wo sie ihnen Kunstbinger um den halben Preis geliefert habe. Die Winzer des Bezirks Ueberlingen warten nun mit Spannung darauf, welche Stellung die Großh. Regierung zu meiner Anregung einnehmen werde, und ich bitte deshalb nochmals, sich auf dieselbe zu erklären.

Gleichzeitig benütze ich gerne die Gelegenheit, nur mein volles Einverständnis zu erklären mit dem, was der Herr Regierungskommissär über den Anschluß des Obstbauvereins Ueberlingen an den Landesverein gesagt hat. Ich werde daher auch versuchen, die maßgebenden Herren des Ueberlinger Vereins zu diesem Anschluß zu bewegen.

Geh. Oberregierungsrat Dr. Krens: Auf die Anfrage des Herrn Abg. Büchner hinsichtlich wiederholter Gewährung eines Staatsbeitrags zur Anschaffung von Rebdünger erwidere ich, daß, nachdem wir in den Jahren 1892/93, um die Rebbauren mit den Wirkungen der künstlichen Dünger bekannt zu machen und sie zum künftigen Bezug anzuregen, den Betrag von 82 000 M. aufgewendet haben, weitere derartige Beihilfen schon der Konsequenzen wegen nicht mehr in Aussicht gestellt werden können.

Abg. Geppert: Unter diese Position fällt auch die Unterstützung der Obstbauvereine, für die ich der Regierung meine Anerkennung aussprechen will. Sehr erfreulich war die Mitteilung des Abg. Büchner über die Gründung eines neuen Vereins in Ueberlingen. Wenn ich auch bedaure, daß der Verein sich dem Landesverein noch nicht angeschlossen hat, möchte ich ihn doch der Unterstützung der Regierung empfehlen. Bei der Gemeinschaftlichkeit der Ziele mit diesem Verein und dem Vorhandensein der Zentralvermittlungsstelle in Wühl ist die Zeit nicht fern, wo dieser Verein auch die Brücke zum Hauptverein finden wird. Der Gründung von Absatzgenossenschaften seitens des Vereins stehe ich aber skeptisch gegenüber. Unsere Landwirte sind noch nicht genügend vorgebildet und erzogen für die Tätigkeit dieser Genossenschaften. Eine gute Vorschule bildet ja die Verbindung mit der Zentralvermittlungsstelle in Wühl. Erst wenn eine Truppe von geschulten Obstzüchtern vorhanden ist, kann man zur Bildung von Genossenschaften schreiten. Ich will nun noch darauf hinweisen, was in anderen Staaten zur Förderung des Obstbaues getan wird. Wenn in Württemberg mehr als bei uns geschieht, so liegt dies an der ungeheuren intensiven Vorarbeit des württembergischen Obstbauvereins, dem auch ein Mitglied dieses Hauses angehört. Wenn Württemberg die höchst ausgebildete Obstkultur hat, so ist dies zum großen Teil der Ruhm des Obstbauvereins. Geradezu erstaunlich sind seine Leistungen in der unwirtlichen Gegend der rauhen Alb, wo man einen Obstbau kaum für möglich halten sollte. Die württembergische Regierung hat es also wegen der Hilfe dieses Vereins leicht gehabt, den Obstbau zu fördern. In Bayern steht man auch der Tatsache gegenüber, daß die Bewilligung weiterer Mittel unvermeidlich ist. Mecklenburg-Schwerin hat vor vier Jahren vom Landtag einen jährlichen Beitrag von 3000 M. gefordert. In Anhalt fordert die Regierung 30 000 M. für einen Mutterobstgarten in Dessau. Eine zweite derartige Anlage soll in Herbst errichtet werden. Daneben war der anhaltische Landtag schon früher mit einer Aufwendung von 120 000 M. für einen Mutterobstgarten einverstanden. In Preußen werden jährlich für Obst-, Wein- u. Gartenbau 200 000 M. aufgewendet. Die Regierung hat versprochen, daß man auch bei den neuen Aufgaben dem Obstbau gegenüber auf dem Platze sein werde. Ich zweifle nicht, daß die Regierung dieses Wort wahr machen wird. Mit dem Obstbau ist aber die Bienenzucht untrennlich. Wenn der Obstbau nicht bloß Augenweide sein soll, muß auch die Bienenzucht nach Kräften gefördert werden.

Geh. Oberregierungsrat Dr. Krens: Ich glaube, die vom Herrn Abg. Geppert für Anhalt gegebenen Zahlen entsprechen der Wirklichkeit nicht. Nach meinen Informationen ist dort für die Anlage von Muttergärten bis jetzt überhaupt nichts aus staatlichen Mitteln aufgewendet worden. Erst im neuesten Etat sind 18 000 Mark für die Errichtung eines Muttergartens in Dessau vorgesehen. Eine frühere Bewilligung von 120 000 M. für den fraglichen Zweck hat dagegen nicht stattgefunden. Der Herr Abg. Geppert hat sodann hervorgehoben, daß in Württemberg eine so weitgehende staatliche Unter-

stützung des Obstbaues nicht geboten erscheine, weil dort durch die langjährigen tüchtigen Leistungen viel vorgearbeitet worden sei. Eine derartige Hilfe ist der Großh. Regierung allerdings erst in den allerletzten Jahren seitens des Landesobstbauvereins erwachsen. Wenn trotzdem der Obstbau bei uns große Fortschritte gemacht, so ist das eben in erster Linie auf die umfassenden staatlichen Maßnahmen zurückzuführen. Und in der Tat stehe Baden, was Pflege und Entwicklung des Obstbaues anbelangt, den übrigen Staaten voran. Zum Beweise will ich nur die folgenden statistischen Notizen bringen.

Während Baden nach der letzten Zählung über 10 Millionen Obstbäume besitzt, sind in Württemberg nur 7 Millionen vorhanden und was die Zahl der Bäume pro Hektar landwirtschaftlich bebauter Flächen betrifft, so beträgt der Reichsdurchschnitt: 3,1, die Zahl pro Hektar in Preußen 2,5, in Bayern 3, im Elsaß 5,1, in Hessen 5,2, in Württemberg 5,5, in Sachsen 6,1, während Baden mit 10 weitaus die erste Stelle einnimmt. Wie groß das durch unsere Maßnahmen geförderte Interesse für Obstbau ist, mag ferner daraus entnommen werden, daß bei uns in Baden durchschnittlich 300 000 Obstbäume neu angepflanzt werden, in welcher Zahl die Erbsäbäume noch nicht einmal enthalten sind.

Dem Herrn Abg. Geppert wird es übrigens von einigem Interesse sein, zu erfahren, daß, während der badische Landesobstbauverein sich einer ansehnlichen jährlichen finanziellen staatlichen Beihilfe zu erfreuen hat, der württembergische Verein nur einmal, und zwar im Jahre 1896, gelegentlich der in Stuttgart stattgehabten Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft eine staatliche, übrigens die Kosten des Vereins nicht einmal deckende Unterstützung von 6000 M. erhielt, im übrigen aber auf die Beiträge seiner Mitglieder angewiesen ist.

Abg. Obkircher: Die Position des § 38 soll um 10 000 Mark erhöht werden zur Förderung des Genossenschaftswesens und des Getreideabfahes. Dies beweist, daß die Regierung mit den Absatzgenossenschaften günstige Erfahrungen gemacht hat. Die beteiligten Kreise sind derselben Ansicht. Die Mitgliederzahl der Genossenschaften ist von 1856 auf 2710 Mitglieder gestiegen. Auch die Geschäfte haben sich sehr vermehrt. In der Zentralstelle Mannheim wurden verkauft 1902: 457 Waggons für 687 100 M., 1903: 580 Waggons für 828 100 M.

Die Erfahrungen sind nicht in allen Teilen des Landes gleich. So waren sie in oberbadischen Landesteilen im Jahre 1902 ungünstig. Die Erfahrungen, die im letzten Jahre gemacht worden sind, sind fast als vollkommen günstig zu bezeichnen. Das erklärt sich daraus, daß die Anfuhr des Getreides eine stärkere geworden ist. Die Mitglieder sind mit den bezahlten Preisen zufrieden. Die Qualität des Getreides ist als eine vorzügliche bezeichnet worden, so daß die Anfuhr nach der benachbarten Schweiz eine hervorragende Stelle einnimmt. Im Unterland waren die Erfahrungen auch im Jahre 1902 durchaus günstig, so daß sich bereits gezeigt hatte, daß die Lagerhäuser im Kreise Mosbach die größten Umsätze erzielten und den vorteilhaftesten Einfluß ausübten, weil diese Gegend weit abgelegen ist vom Absatzgebiete. Dieser Einfluß wird namentlich in Schöffenz durchaus anerkannt, und die Bevölkerung ist mit dem Ergebnis durchaus zufrieden. Die Ergebnisse, die letztes Jahr gemacht worden sind, sind durch ungünstige Verhältnisse keine glückliche gewesen. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß die Saferproduktion wenig günstig war infolge schlechten Wachsens, und infolge Eintritts einer Regenperiode während der Ernte. Die Preise wurden gedrückt, aber die Anfuhr war so bedeutend, daß die Lagerhäuser zeitweise wegen Geschäftsüberhäufung geschlossen werden mußten.

Dennoch aber sind die Preise als relativ günstig anerkannt worden und die Bevölkerung ist doch mit dem erzielten Ergebnis verhältnismäßig zufrieden. Das trifft insbes. zu für die Gegend um Schefflenz herum. Es liegt nahe, daß die anderen Gegenden des Bezirkes ihre Verhältnisse dazu in Vergleich ziehen, insbesondere die südlich des Neckars gelegenen. Dort sind heutzutage noch in manchen Orten große Mengen unverkauften Getreides vorhanden. Die Landwirte sind der Meinung, daß diesem Uebelstande abgeholfen werden könnte, wenn auch in dieser Gegend ein Lagerhaus errichtet würde. Ich weiß ja wohl, daß mit der Errichtung von Lagerhäusern nicht allzu rasch vorgegangen werden darf, aber wenn zur Gründung weiterer Genossenschaften übergegangen wird, dann würden die Landwirte dieses Teiles meines Wahlbezirks und die benachbarten Teile des Bezirkes Neckarbischofsheim u. Sinshaus erfreut sein, wenn in dieser Gegend eine Abfahrgenossenschaft gebildet würde. Wohin das Lagerhaus käme, diese Frage wäre erst in zweiter Reihe zu erörtern. Es kann diesen Wünschen nicht entgegengehalten werden, daß in Schefflenz bereits ein Lagerhaus besteht, denn die Entfernungen vom Neckar bis nach Schefflenz sind zu weit. Dazu kommt, daß das Lagerhaus in Schefflenz jetzt schon zu klein ist.

Abg. Lutz: Der Abg. Geppert hat meine Tätigkeit als Mitglied des württembergischen Obstbauvereins in die Debatte gezogen. Ich bin daher und auch aus dem Grunde, um die Ausführungen des Herrn Regierungsvertreters zu berücksichtigen und zu ergänzen, veranlaßt, über den Obstbauverein in Württemberg nähere Ausführungen zu machen. Derselbe ist im Jahre 1880 gegründet worden und weist nunmehr eine Mitgliederzahl von 8500 Mitgliedern auf. Er ist vollkommen selbständig und wird nicht von der Regierung unterstützt. Er hat bisher nur einige Unterstützungen erhalten, und zwar für seine größeren Ausstellungen im Jahre 1889, 1893 und 1896. Seit einigen Jahren erhielt allerdings die Zentralverwaltungsstelle für Obstbauverwaltung, und diese steht unter der Leitung des Vorstands des württembergischen Obstbauvereins, von der Regierung beziehungsweise der Zentralstelle für Landwirtschaft jährlich 3000 M. Unterstützung. Die aktiven Mitglieder des Obstbauvereins erhalten den „Obstbau“, die passiven den „Obstbaumfreund“ gratis. Der württembergische Obstbauverein hat sich große Verdienste um die Förderung des Obstbaus erworben, und ich stehe nicht an, als dessen ehemaliges Mitglied ihm auch hier meine volle Anerkennung auszusprechen. Es wird auch in Württemberg darüber geklagt, daß gerade die große Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung dem Obstbau noch nicht das richtige Interesse und Verständnis entgegenbringt, wie auch die Beamten, die auf dem Lande wohnen. Die Landwirte bringen dem Obstbau wenig Interesse entgegen, aus dem einfachen Grunde, weil der Bauer zu lange warten muß, bis er im Obstbau die Früchte seiner Arbeit sieht. Seitdem aber der Anbau der Körnerfrucht nicht mehr so lohnend ist, wie früher, wird allerdings auch dem Obstbau mehr Beachtung zuteil. Eben diese Indolenz gegenüber dem Obstbau, die man leider noch vielfach bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung findet, glaubte ich aus den Worten des Abg. Mampel herauszuhören, und deshalb wandte ich mich gegen seinen Ausspruch, daß der Obstbau doch nur ein Nebenweig der Landwirtschaft sei.

Ich muß gegenüber dem Abg. Mampel nochmals ausdrücklich hervorheben, daß es zu bedauern ist, wenn der Obstbau in Baden wirklich eine Nebensache ist. Man sollte bestreben sein, ihn zu einem Hauptbetrieb in der Landwirtschaft zu machen. Gerade die geographische Lage Badens ist gegenüber der von Württemberg für den Obstbau außerordentlich günstig. Es folgt daraus auch, daß

Württemberg trotz der Bestrebungen der Regierung und des württembergischen Obstbauvereins nicht eine so große Anzahl von Obstbäumen aufweisen kann, wie Baden. Darum sollte die badische Regierung sich fortgesetzt alle Mühe geben, den Obstbau im badischen Lande zu fördern.

Abg. Geppert: Zu den Ausführungen des Herrn Regierungsvertreters will ich bemerken, daß meine Information über die Verhältnisse in Anhalt auf den neuesten Mitteilungen der Fachpresse beruhen, und daß es scheint, daß diese Anforderungen in Zwischenstufen verlangt werden. Was den württembergischen Obstbauverein anlangt, so beneide ich ihn um seine Selbständigkeit, muß aber hervorheben, daß er größere Beiträge erhebt, als unser badischer. Es ist aber trotzdem ein gewisser Wert darauf zu legen, daß der Obstbauverein in gewissem Zusammenhang bleibt mit den staatlichen Organen. Der Vorwurf, den der Abg. Lutz den württembergischen Landwirten gemacht hat, trifft für unsere badischen Landwirte nicht zu, denn es fehlt bei uns nicht an Interesse für den Obstbau. Ich will hoffen, daß der badische Obstbauverein, wenn er sich einmal zu der Größe des württembergischen herausgewachsen hat, auch nicht mehr nötig hat, bei der Regierung um Unterstützung vorzusprechen.

Zu § 1 des außerordentlichen Etats (Betrieb der Rinderstammzuchtstationen) bemerkt

Abg. Büchner: Ich habe mir letzten Donnerstag erlaubt, der Großh. Regierung auf Grund sachverständiger Information einige Ratschläge in der Richtung zu machen, wie die Ergebnisse der staatlichen Rinderzuchtstationen, wenigstens nach der pekuniären Seite hin, befriedigender gestaltet werden könnten, als dies bisher der Fall gewesen ist. In diesem Zusammenhang nun, und das veranlaßt mich, zu dieser Position das Wort zu nehmen, bin ich von dem Herrn Regierungskommissar teilweise mißverstanden worden.

Als eine Hauptursache, warum die Stammzuchtstationen so wenig rentierten, habe ich den Umstand bezeichnet, daß junge Farren, die die Impfsprobe nicht bestanden, zum Schlachtwert abgesetzt werden müßten, und ich habe deshalb weiter die Frage aufgeworfen, ob die Regierung den bisher geübten Impfwang nicht aufgeben sollte, wie dies auch schon andere Staaten getan hätten. Zur näheren Begründung habe ich vorgebracht, daß eine direkte Uebertragung der Tuberkulose vom männlichen Tier auf die Frucht so gut wie ausgeschlossen sei und daß im übrigen die Krankheit in dem jugendlichen Alter, in dem die Farren zur Zucht verwendet würden, für die Regel überhaupt noch wenig vorgeschritten sein und selten jene Organe erfaßt haben werde, die geeignet seien, die Tuberkelbazillen auf andere Tiere zu übertragen. Außerdem kann man aber, fuhr ich sodann wörtlich fort, die Farren so plazieren, daß eine Uebertragung durch Nase und Maul möglichst vermieden würde.

Diesen Satz nun scheint der Herr Reg.-Kommissar dahin verstanden zu haben, als hätte ich sagen wollen, auf Marienhof sei man bei Aufstellung der Zuchttiere nicht vorichtig gewesen, man habe insbesondere Tiere aufgestellt, die bei der vorhergegangenen Impfung reagiert hätten.

Ich habe aber bei meinen Ausführungen über den Impfwang überhaupt nicht ausschließlich an die Rinderstammzuchtstationen gedacht, sondern allgemein an die Art und Weise, wie in Oberbaden die Viehzucht gehandhabt wird. Insbesondere ist es mir aber nicht in den Sinn gekommen, eine Behauptung aufzustellen, wie der Herr Reg.-Kommissar sie verstanden hat.

Das ist mir wohlbelannt, daß auf den Stammzuchtstationen alle Farren geimpft und daß keine Tiere verwendet werden, die die Impfsprobe nicht bestanden haben. Da-

gegen habe ich mich aber ja gerade gewendet und habe den Vorschlag gemacht, die Farren, auch ohne daß sie die Impfsprobe bestanden haben, oder vielmehr überhaupt ohne Impfsprobe in Gebrauch zu nehmen, in diesem Falle sie aber so zu plazieren, daß eine Uebertragung der etwa vorhandenen Tuberkulose durch Nase und Maule möglichst vermieden würde.

Was ich gesagt habe, hat also nicht die Rüge eines Mißstandes sein sollen, sondern war ein Vorschlag für den Fall, daß die Großh. Regierung zur Aufhebung des Impfwanges kommen sollte.

Zu übrigen will ich mich heute mit dieser Frage nicht wieder befassen, nur das eine will ich noch betonen, daß es mir durchaus ferne gelegen hat, kategorische Forderungen aufzustellen, weder als ich von der Aufhebung des Impfwanges noch als ich von einer Vereinfachung der Zuchtbuchführung sprach. Was ich wollte, war lediglich das, der Großh. Regierung und dem Hohen Hause die Ansicht von Männern meines Wahlkreises zur Kenntnis zu bringen, die auf dem Gebiet der Viehzucht durchaus sachverständig sind und eine langjährige Erfahrung hinter sich haben, und die sich insbesondere die Förderung der Simmenthaler Zucht sehr angelegen sein lassen. Wenn ich aber die Ansicht solcher Männer, die gewiß alle Beachtung verdienen, hier zur Erörterung bringe, so glaube ich damit nur meine Pflicht als Abgeordneter erfüllt zu haben.

Es seien mir nun auch gleich noch ein par Worte der Rechtfertigung gestattet bezüglich meines Vorbringens, die Wiederbesetzung der Bezirks-tierarztstelle in Markdorf betreffend.

Ich hatte gesagt, die Stadt Markdorf sei in der genannten Angelegenheit ein zweites Mal beim Ministerium vorstellig geworden, habe auf diese Eingabe, die im September v. J. abgegangen sei, aber überhaupt keine Antwort erhalten, jedenfalls nicht bis zum 13. Februar, wo sich die Stadt mit ihrer Angelegenheit an mich gewandt habe. Der Herr Regierungskommissär hat nun geglaubt, diese meine Behauptung damit dementieren zu können, daß er sagte, es sei eine derartige weitere Eingabe beim Ministerium nicht eingelaufen, dagegen sei eine solche allerdings am gestrigen Tage, also am 16. d. Mts. eingetroffen.

Diese Erklärung des Herrn Regierungskommissärs könnte nun den Eindruck hervorrufen, als hätte ich leichtfertiger Weise gegen die Großh. Regierung einen unbegründeten Vorwurf erhoben.

Ich sehe mich deshalb veranlaßt, heute meine damaligen Behauptungen in aller Form aufrecht zu erhalten. Am 15. Februar erhielt ich ein Schreiben des Bürgermeisters von Markdorf, worin es u. a. heißt: Am 25. September 1903 sind wir wiederholt vorstellig geworden. Auf diese zweite Eingabe ist uns aber noch kein Bescheid zugegangen. Genau das und nicht mehr habe aber auch ich behauptet. Daß das Schriftstück im September auch beim Ministerium eingelaufen ist, habe ich nicht gesagt, ich habe vielmehr den Ausdruck gewählt, es sei im September abgegangen und ich habe dies mit voller Absicht gethan, weil ich weiß, daß solche Eingaben durch das Bezirksamt vorzulegen sind und daß dies auch hier geschehen ist.

Ich will Sie nun aber auch aufklären, wie es gekommen ist, daß diese Eingabe bis zum 16. März d. J. gebraucht hat, um beim Ministerium einzutreffen. Das Bürgermeistersamt Markdorf hat mir darüber gestern auf eine Anfrage mitgeteilt, daß ihm die betr. Eingabe inzwischen vom Bezirksamt wieder zurückgegeben worden sei mit dem Bescheid, daß das Gesuch keine Aussicht habe. Auf dieses hin — heißt es wörtlich in dem Schreiben — aber wir dennoch die nochmalige Vorlage unserer Bitte

ans Großh. Ministerium beantragt und wird diese Eingabe am 16. d. M. dorten eingekommen sein."

Hiernach trifft der Vorwurf der Verzögerung allerdings nicht das Ministerium, was ich aber auch nicht behauptet habe, sondern das Bezirksamt Ueberlingen.

Eine Veranlassung von dem, was ich letzten Donnerstag behauptet habe, daß nur eine Silbe zurückzunehmen, habe ich unter diesen Umständen selbstverständlich nicht, muß es vielmehr nach wie vor als verwunderlich bezeichnen, wenn die Stadt Markdorf nun schon 6 Monate auf die Erledigung dieser Angelegenheit warten muß.

Präsident Dr. Gönner: Der zweite Teil der Ausführungen gehörte nicht zu der Position: Betrieb der Rinderstammzuchtstationen. (Heiterkeit.)

Geh. Oberregierungsrat Dr. Arens: Der Herr Abg. Büchner hat in einer der letzten Sitzungen ausgeführt, es sei wegen Errichtung der Stelle eines Bezirksassistententierarztes in Markdorf im Dezember v. J. eine Eingabe an die Großh. Regierung abgegangen, hierauf aber bis jetzt merkwürdigerweise keine Antwort erfolgt. Diese Ausführungen, welche der Herr Abgeordnete soeben selbst zugegeben, konnten und wollten ihrem ganzen Wortlaut nach nicht anders gedeutet werden, als wolle dem Ministerium der Vorwurf gemacht werden, daß es die bezügliche Eingabe nicht beantwortet habe. Ich bin der Ueberzeugung, daß auch dieses Hohe Haus die Sache ebenso aufgefaßt hat wie ich.

Diesen Vorwurf habe ich seinerzeit sofort mit Recht zurückgewiesen und muß es auch heute wieder tun.

Abg. Grüninger tritt der gelegentlich der Generaldebatte ausgesprochenen Meinung, die Stammzuchtstationen hätten die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllt, sich überlebt, entgegen. Die Stammzuchtstationen sind noch so jung, daß ein abschließendes Urteil jetzt nicht abgegeben werden kann. Die Station Willingen bewährt sich gut, nur sollte das Zuchtmaterial vermehrt werden. Die Stadt Willingen ist gern bereit, die nötigen Opfer zu bringen. Ich bitte die Großh. Regierung, auch ihrerseits das hierzu Mögliche zu tun.

Abg. Birkenmayer schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und begrüßt es mit Freuden, daß für den Betrieb der Rinderstammzuchtstationen ein nennenswerter Betrag ins Budget aufgenommen wurde. Auch ich habe einen Bezirk zu vertreten, in dem die Landwirte zum größten Teil auf die Viehzucht angewiesen sind. Im Bezirk Willingen, welchen der Abg. Grüninger vertritt, handelt es sich um den Vorderwälder und Simmentaler Schlag. Ich gebe zu, daß sich für einen Teil des Bezirks Neustadt die gleichen Grundzüge empfehlen, und daß die Station Rudenberg gut daran tut, wenn sie sich ebenfalls auf die Zucht des Vorderwälder Schlages verlegt. Anders verhält es sich mit den Bezirken Schönau und St. Blasien. Die Landwirte dieser Bezirke sind froh, daß sie mit der Simmentaler Rasse versehen sind. Es sind, so viel ich weiß, nur noch zwei Simmentaler Farren vorhanden. Für die dortigen Landwirte taugt der Simmentaler Schlag nicht, aber auch nicht der Vorderwälder Schlag, vielmehr ist der Hinterwälder Schlag vorzuziehen. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, alles zu tun, um durch Gründung von Stationen diesen Hinterwälder Schlag zu fördern. Wir machen gewiß anderen Bezirken dadurch keine Konkurrenz. Aber was dem einen recht ist, ist dem andern billig. In jener Gegend kann man wegen der topographischen Verhältnisse keine schweren Tiere brauchen. Bei den vielen steilen Galben sind mobile Tiere nötig. Die schweren Simmentaler Farren passen

auch gar nicht zu den kleinen Muttertieren jener Gegend. Auch aus der Statistik habe ich entnommen, daß dort entschieden der Hinterwälder Schlag hinpaßt. In Schönau ist kein einziger Vorderwälder Farren, aber 67 Hinterwälder. In St. Blasien 10 Vorderwälder, 39 Hinterwälder. Ueber den Hinterwälder Schlag sagt ein Sachverständiger in der deutschen tierärztlichen Wochenschrift:

„Die Rasse gehört zu den kleinsten in Deutschland. Die Fruchtbarkeit ist aber sehr groß und hält lange an. Die Milchkuhe sind sehr ergiebig. Die Milch von einer Kuh von mittlerem Ernährungszustand beträgt 1250 Liter im Jahr, bei guter Ernährung 2400 Liter; für drei Tiere dieser Rasse ist nicht mehr Futter nötig, als für zwei Tiere mittelgroßen Schlages“. Auch in der Saargegend hat sich der Hinterwälder Schlag sehr gut eingebürgert. Die Tiere liefern auch ein vortrefflich zartes Fleisch. Auch im Zug sind sie ausgezeichnet. Sie springen die steilen Gänge fast wie Gemsen hinauf. Die Tuberkulose ist bei den Hinterwäldern sehr selten. Es läge die Versuchung nahe, nunmehr auch über die Farrenhaltung in jenen Bezirken zu sprechen. Dies gehört aber nicht zur heutigen Tagesordnung, ich will deshalb eine diesbezügliche Petition aus den Bezirken Schönau und St. Blasien abwarten.

Zu § 2 (Unterstützung des landwirtschaftlichen Ausstellungswezens) empfiehlt der Abg. Pergt den Wunsch der Stadt Offenburg um Gewährung eines Staatsbeitrags zum Bau einer Markthalle der Großh. Regierung angelegentlichst zur Berücksichtigung.

Die Einnahmen des Titels VII werden unbeanstandet angenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung berichtet

Abg. Schüler: Im Auftrage der Budgetkommission habe ich Ihnen Bericht zu erstatten über den Gesetzentwurf der Versicherung der Viehbestände.

Die Kommission beantragt:

Die Kammer wolle den Gesetzentwurf in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung annehmen.

Sie finden in dem Bericht eine ziemlich detaillierte Darstellung aller einschlägigen Verhältnisse, sowie der Gründe, welche die Vorlage des Gesetzentwurfes nötig erscheinen lassen, ich will deshalb nur einige kurze Bemerkungen hinzufügen.

Das Viehversicherungsgesetz ist am 26. Juni 1890 ins Leben getreten. Dazu kam am 12. Juli 1898 eine Novelle, die verschiedene Änderungen und Verbesserungen einführte, zum Beispiel leichtere Bedingungen bei Gründung von Ortsviehversicherungsanstalten, Verbilligung der Versicherung, größerer Staatszuschuß, präzisere Vorschriften bezüglich der Fleischbewertung. Die Hoffnung, daß durch die Änderungen stärkerer Beitritt erfolge, haben sich auch größtenteils erfüllt. Wir haben jetzt 281 Ortsanstalten, und 851 135 versicherte Tiere mit einem Versicherungswert von 27 127 240 Mark. Allerdings ist noch der größte Teil der Tiere nicht versichert. Da kommen zwei Gründe in Betracht: Die Umlage ist trotz des recht erheblichen Staatszuschusses noch ziemlich hoch, weil neben den Verwaltungskosten die staatliche Versicherung nicht nur entschädigt bei Notschlachtungen und Umstehen der Tiere, sondern zugleich eine Krankenversicherung ist.

So haben zum Beispiel im Jahre 1901 die tierärztlichen Posten bei Behandlung erkrankter Tiere einschließlich Apotheke 65 906 Mark betragen. Diese Ausgabe ist vollständig gerechtfertigt, indem dadurch große volkswirtschaftliche Werte erhalten werden können, und für die einzelnen Besitzer eine große Ersparnis eintritt. Ein weiterer Grund der ungenügenden Ausbreitung der Versicherung ist der, daß sich Besitzer größerer Viehbestände in der Regel

nicht anschließen wegen der erheblichen Kosten. Dann bestehen noch 565 private Ortsviehversicherungsvereine mit 190 065 versicherten Tieren. Diese Vereine waren größtenteils schon ins Leben getreten, ehe die staatliche Versicherung gegründet wurde. Sie sind den lokalen örtlichen Verhältnissen angepaßt, und wirken ebenfalls gut.

Der von der Großh. Regierung gegebene Staatszuschuß war nur bis 1. Januar 1905 vorgesehen. Es mußte nun erwogen werden, ob nach diesem Zeitraum der Zuschuß aufhören oder weiter gegeben werden soll. Auch im Landwirtschaftsrat wurde auf Wunsch der Großh. Regierung diese Frage beraten, und man war einstimmig der Ansicht, der Staatszuschuß solle weiter gegeben werden. Erfreulicherweise hat sich auch die Großh. Regierung dem angeschlossen, und so soll dieser Zuschuß weiter gegeben werden. Dies ist der Schwerpunkt der Vorlage, neben dem sind noch einige Änderungen in Vorschlag gebracht, die aus dem Bericht zu ersehen sind.

Abg. Dr. Binz: Ich ergreife das Wort, weil ich zu denjenigen gehöre, die in der Kommission Bedenken gegen den Artikel 23, der das gepfändete Vieh betrifft, erhoben haben. Es ist von juristischer Seite darauf hingewiesen worden, daß es unter Umständen eine große Härte ist, daß derjenige, dessen Tier gepfändet wird, der Entschädigung verlustig gehen soll, wenn während der Dauer der Pfändung das Tier umstehen sollte. Bei der Vorlage des Hauptgesetzentwurfes sind i. Zt. die Bedenken eingehend gewürdigt worden. Der Abänderungsvorschlag, der in der Kommission gemacht wurde, u. dessen Ergebnis in der vorliegenden Novelle in der Fassung der Kommission niedergelegt ist, vermindert die Bedenken, die auch von meiner Seite gegen die vorgeschlagene Bestimmung geltend gemacht wurden. Es ist jetzt wenigstens eine vierzehntägige Frist vorgesehen, innerhalb welcher der Betroffene in der Lage ist, die Aufhebung der Pfändung herbeizuführen. Ich möchte nur eines feststellen: wenn etwa ein Tier gepfändet worden ist infolge eines gerichtlichen Arrestes, und dieser demnächst durch gerichtliche Entscheidung wiederum aufgehoben wird, weil das Gericht feststellt, daß die von dem Gläubiger geltend gemachte Forderung in Rechten nicht begründet ist, oder ein Anlaß zur Verhängung des Arrestes von Anfang an nicht bestanden hat, so nehme ich an, daß der Gläubiger zum Schadenersatz verpflichtet ist im Hinblick auf die Bestimmung des § 945 der Zivilprozessordnung, indem ich unter dem zu ersetzenden Schaden auch den Verlust der Versicherungssumme verstehe. Bei dieser rechtlichen Lage vermindern sich meine Bedenken in einer Weise, daß ich sagen kann, sie sind vollständig überwunden. Ich stimme also meinerseits dem Antrage der Kommission vollkommen bei.

Abg. Neuwirth: Es ist ja mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß der vorliegende Gesetzentwurf nahezu einstimmige Annahme hier im hohen Hause finden wird, und doch ist es angezeigt, über die Wichtigkeit der Rindviehversicherung zu sprechen.

Man hat gerade bei landwirtschaftlichen Betrieben so viele Versicherungen — Feuerversicherung, Hagel-, Rindvieh-, Pferde-, Unfall- und Lebensversicherung —, daß oft in geringen Jahren der Bauer nur mit den größten Entbehrungen allen Anforderungen gerecht werden kann. Und doch möchte ich keine dieser Versicherungen missen.

Ich kenne Verhältnisse, wo der Verlust eines wertvollen Stückes Rindvieh durch Versicherung gedeckt war und wo, wenn dieser Erlös zinstragend angelegt werden könnte, er so viel Zinsen abwerfen würde, daß der Versicherte seine jährlichen Versicherungsprämien mit be-

zahlen könnte. Der Verlust eines Stückes Rindvieh bei dem kleinen Mann hat zur Folge, daß er gleich wieder das Fehlende zu ersetzen hat; er hat größtenteils mit seinem Vieh zu arbeiten und ist ja immer in der Viehhaltung auf die nötigste Zahl beschränkt. Fehlen zum Kauf die Mittel, was ja größtenteils der Fall ist, so muß das Geld geliehen werden; kommen dann zwei oder drei solche Unglücksjahre zusammen, so kommt der Bauer in Verschuldung, gar häufig ist seine Existenz gefährdet. Es ist doch immerhin interessant, zu wissen, was eigentlich eine solche Versicherung den mittleren Bauern kostet bzw. wie hoch sich die jährlichen Prämien berechnen. Der durchschnittliche Umlagefuß beträgt pro 100 M. Versicherungswert 1 M. Wenn wir nun annehmen, ein mittlerer Viehbesitzer habe etwa 4 Stück Vieh — 2 Kühe und 2 Stück Kleinvieh —, so repräsentieren diese einen Wert von 1000 M. Die jährliche Umlage beträgt in diesem Falle 10 M. Für diese 10 M. bietet die Versicherung

1. die Garantie der Deckung des Verlustes eines ungestandenen Stückes Rindvieh,
2. freie ärztliche Behandlung,
3. unentgeltliche Abgabe von Medikamenten.

Sie sehen es sind bedeutende Vorteile, welche diese Versicherung den Landwirten bietet, — unsere Großh. Regierung schafft durch die Förderung dieser Versicherung ein gutes Werk. Bedauerlich ist nun, daß sich die Versicherung so langsam einführt; nach meinen gemachten Erfahrungen ist der größere Landwirt größtenteils derjenige, der am wenigsten zugreift. In der Sorge, daß er dem kleineren Landwirt gegenüber im Nachteil ist, verhält er sich kühl und weniger zugänglich.

Goffen wir, daß auch diese Bedenken, welche eigentlich nicht begründet sind, schwinden und sich das Rindvieh-

versicherungsgesetz in der abgeänderten Form besseren Eingang verschafft.

In der Spezialberatung ergreift niemand das Wort, und es wird hierauf der Gesekentwurf in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Die weitere Beratung wird hier abgebrochen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält noch das Wort Abg. Franz: Auf Ansuchen des Kollegen Geppert habe ich mich aus dem Stenogramm über die Sitzung vom letzten Donnerstag überzeugt, daß er nicht sagte, der Obstwein habe wenig Alkohol, sondern: „Da wo der Obstgenuß zu Hause ist, da gibt es keinen Alkoholfresser, da wo Obstgenuß besteht, da arbeitet man mit Erfolg auch dem Alkoholgenuß entgegen.“

Schluß der Sitzung kurz nach 7 Uhr abends.

Erklärung.

Im Hinblick auf die in der 47. Sitzung vom Freitag, den 18. März d. J. getane Aeußerung des Herrn Abgeordneten Dreher über ein Sitzungsprotokoll des letzten Landtags (Verantwortliche Redaktion Herr E. U m h a u e r) macht der Verlag der „Karlsruher Zeitung“ wie auch die G. Braun'sche Hofbuchdruckerei darauf aufmerksam, daß sie für den Inhalt der Berichte nicht verantwortlich sind, und demgemäß der dem Drucker gemachte Vorwurf der „Ungehörigkeit“ ungerechtfertigt erhoben wurde.

G. Braun'sche Hofbuchdruckerei.